

# Öffentliches Recht im Assessorexamen

Kintz

11., neu bearbeitete Auflage 2021

ISBN 978-3-406-76492-9

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](http://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schriftenreihe  
der Juristischen Schulung  
Band 148

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Öffentliches Recht im Assessorexamen

Klausurtypen, wiederkehrende Probleme  
und Formulierungshilfen

von

Roland Kintz

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Neustadt a. d. Weinstraße  
Nebenamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter für Rechtsreferendare  
Honorarprofessor an der Deutschen Universität  
für Verwaltungswissenschaften Speyer

11., neu bearbeitete Auflage 2021  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: *Kintz* ÖffR

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 76492 9

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Satz, Druck, Bindung und Umschlaggestaltung:  
Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

CO<sub>2</sub>  
*neutral*  
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Als langjähriger Leiter von Referendarschaftsgemeinschaften und Prüfer im schriftlichen und mündlichen Examen ist es eine überraschende Erfahrung, auch solche Kandidaten scheitern zu sehen, denen eine gründliche Examensvorbereitung anhand der vorhandenen Ausbildungsliteratur nicht abzusprechen ist. Wie ist das zu erklären?

Fest steht, dass viele Referendare diese Zeit zu sehr mit der Aneignung materiell-rechtlicher und prozessualer Probleme füllen, aber nicht in der Lage sind, ihre Kenntnisse auf die Lösung eines praktischen Falles zu übertragen. Im Zweiten Juristischen Staatsexamen ist aber nicht theoretisches Wissen als solches gefragt, sondern es sind konkrete rechtliche Problemfälle zu lösen – und zwar in Form einer lesbaren, formal korrekten, im Aufbau klaren, in der Begründung nachvollziehbaren und in der Praxis verwertbaren Entscheidung. Hier scheitert mancher Referendar. Das hängt zum Teil mit der fehlenden Übung im – zeitaufwändigen – Auffassen solcher Entscheidungen zusammen. Diese ist nur durch eine möglichst große Zahl von Übungsklausuren zu erlangen und ein Ausbildungsbuch kann dem allein nicht abhelfen. Es kann aber den Einsteiger – indem es den nötigen Überblick vermittelt, Aufbau und Formalien erläutert, die verschiedenen Klausurtypen darstellt und häufig wiederkehrende Klausurprobleme aus dem Examen anhand konkreter Beispiele und Formulierungshilfen erörtert – in die Lage versetzen, auch solche Klausuren binnen kurzer Zeit erfolgreich zu bearbeiten, die nach Form und Themengebiet unbekannt sind. Hier setzt die vorliegende Schrift an.

In den einzelnen Abschnitten sind diejenigen Entscheidungsformen – mit entsprechender Gewichtung – erörtert, die Gegenstand von Examensklausuren der verschiedenen Bundesländer sein können. Typische, immer wiederkehrende prozessuale und materielle Rechtsfragen sind jeweils dort problematisiert, wo sie auch in der praktischen Entscheidung und damit in der Examensklausur gelöst werden müssen. Entsprechende Formulierungsbeispiele werden angeboten. Die Literatur- und Rechtsprechungsnachweise in den Fußnoten dienen neben der – zum Verständnis nicht notwendigen – Vertiefung vor allem der Orientierung über die Rechtsprechung der verschiedenen Obergerichte in wichtigen Streitfragen.

Die 11. Auflage bringt Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung auf den aktuellen, bis Dezember 2020 verfügbaren Stand. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle erneut bei vielen aufmerksamen Lesern, die das Buch zur Examensvorbereitung oder für die Ausbildung nutzen. Ihre kritischen Anregungen sind weiterhin sehr willkommen.

*Roland Kintz*

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	XIX
<b>1. Teil. Zur Bearbeitung öffentlich-rechtlicher Klausuren .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Teil. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts .....</b>	<b>5</b>
<b>1. Abschnitt. Das Urteil .....</b>	<b>5</b>
§ 1. Übersicht .....	5
§ 2. Das Rubrum .....	5
I. Einleitung .....	5
II. Die Beteiligten .....	6
1. Die Bezeichnung der Beteiligten .....	6
2. Die einzelnen Beteiligten .....	7
3. Rechtsträger- und Behördenprinzip .....	8
III. Die Bezeichnung des Streitgegenstandes .....	10
IV. Die Bezeichnung des Gerichts .....	10
V. Muster eines Rubrums .....	11
§ 3. Der Tenor .....	12
I. Allgemeines .....	12
II. Tenorierungsbeispiele .....	13
§ 4. Der Tatbestand .....	33
I. Grundsätzliches .....	33
II. Der Aufbau des Tatbestandes .....	35
1. Übersicht .....	35
2. Der Einleitungssatz .....	35
3. Feststehender Sachverhalt .....	36
4. Die Verfahrensgeschichte .....	37
5. Die Klageerhebung .....	37
6. Das Klägervorbringen .....	38
7. Der Klägerantrag .....	38
8. Der Beklagtenantrag .....	40
9. Das Beklagtenvorbringen .....	41
10. Der Beigeladenenantrag und das Beigeladenenvorbringen .....	41
11. Repliken und Duplikaten .....	41
12. Die Prozessgeschichte .....	41
13. Der Schlussatz .....	42
§ 5. Die Entscheidungsgründe .....	43
I. Grundsätzliches .....	43
1. Der Urteilsstil .....	43
2. Die Rechtsansichten der Beteiligten .....	44
3. Aufbau und Subsumtion .....	44
4. Die Darstellung von Meinungsstreiten .....	45
5. Richtige Schwerpunktbildung .....	47
6. Die Beweiswürdigung .....	47
II. Die Erörterung spezieller Prozessfragen .....	48
III. Auslegung des Klagebegehrens und Klageänderung .....	51
1. Die Ermittlung des Klagebegehrens .....	51
2. Die Klageänderung .....	53
IV. Die Bekanntgabe des Ergebnisses .....	55

V. Die Zulässigkeit der Klage .....	55
1. Allgemeines .....	55
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen .....	55
b) Objektive und subjektive Klagehäufung .....	56
c) Zur Reihenfolge der Prüfung .....	57
2. Der Verwaltungsrechtsweg .....	58
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen .....	58
b) Verwaltungsrechtsweg kraft rechtswegüberschreitender Sachkompetenz .....	58
c) Bedeutung des § 17a GVG .....	59
d) Formulierungsbeispiel .....	61
e) Abgrenzung zum Zivilrechtsweg .....	63
f) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit .....	67
g) Aufdrängende Sonderzuweisungen .....	68
h) Sonderzuweisung für Justizverwaltungsakte .....	68
i) Abdrängende Sonderzuweisung nach Landesrecht .....	70
j) Die Rechtswegzuweisung nach § 40 Abs. 2 S. 1 VwGO .....	71
k) Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung .....	72
3. Ordnungsgemäße Klageerhebung .....	74
a) Die Form der Klageerhebung .....	74
b) Der Inhalt der Klageschrift .....	76
c) Bedingungslosigkeit der Klageerhebung .....	76
4. Die statthafte Klageart .....	77
a) Die Anfechtungsklage .....	77
b) Die Verpflichtungsklage .....	87
c) Die allgemeine Leistungsklage .....	88
d) Die Fortsetzungsfeststellungsklage .....	90
e) Die Feststellungsklage .....	92
5. Die Klagebefugnis .....	96
a) Aktive Prozessführungsbefugnis .....	96
b) Möglichkeit einer subjektiven Rechtsverletzung .....	97
c) Anfechtungsklage .....	99
d) Verpflichtungsklage .....	104
e) Fortsetzungsfeststellungs-, Feststellungs- und Leistungsklage .....	105
f) Verfahrensvorschriften als subjektiv-öffentliche Rechte .....	106
g) Verwirkung der Klagebefugnis .....	107
h) Abweichende gesetzliche Regelungen .....	107
6. Das Rechtsschutzbedürfnis .....	108
a) Allgemeines .....	108
b) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage .....	108
c) Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage .....	110
7. Die ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens .....	113
a) Erforderlichkeit des Vorverfahrens .....	113
b) Gesetzliche Ausnahmen von der Erforderlichkeit des Vorverfahrens .....	114
c) Der Fortsetzungsfeststellungswiderspruch .....	115
d) Sacheinlassung durch den Beklagten .....	116
e) Verzicht auf die Durchführung des Vorverfahrens .....	117
f) Sachentscheidung durch Widerspruchsbehörde trotz Verfristung .....	118
g) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	118
h) Die Untätigkeitsklage .....	119
8. Die Einhaltung der Klagefrist .....	120
a) Die Klagefrist .....	120
b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	125
c) Keine Klagefrist bei vorprozessual erledigten Verwaltungsakten .....	127
9. Die Beteiligungs- und Prozessfähigkeit .....	127
10. Ordnungsgemäße Vertretung .....	128
11. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts .....	129
VI. Die Begründetheit der Klage .....	129
1. Die Aktiv- und Passivlegitimation .....	129

2. Die Begründetheit der Anfechtungsklage .....	133
a) Gegenstand der Anfechtungsklage .....	133
b) Der Obersatz .....	134
c) Die Benennung der Rechtsgrundlage .....	134
d) Die Wirksamkeit der Rechtsgrundlage .....	136
e) Die Prüfung der formellen Rechtmäßigkeit .....	138
f) Die Prüfung der materiellen Rechtmäßigkeit .....	139
g) Formulierungsbeispiel zur Begründetheitsprüfung .....	153
h) Die <i>reformatio in peius</i> .....	155
3. Die Begründetheit der Verpflichtungsklage .....	161
a) Der Obersatz .....	161
b) Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen .....	161
c) Maßgeblicher Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage .....	162
d) Herstellung der Spruchreife .....	163
e) Subjektive Rechtsverletzung .....	164
f) Formulierungsbeispiele .....	164
4. Die Begründetheit der Leistungsklage .....	165
a) Folgenbeseitigungsanspruch/öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch/öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch .....	165
b) Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch .....	166
5. Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage .....	167
6. Die Begründetheit der Feststellungsklage .....	168
VII. Die Begründung der Nebenentscheidungen .....	170
§ 6. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter .....	172
§ 7. Der Streitwertbeschluss .....	173
2. Abschnitt. Der Gerichtsbescheid .....	174
3. Abschnitt. Der Beschluss im vorläufigen Rechtsschutzverfahren .....	175
§ 8. Allgemeines .....	175
§ 9. Der Aufbau des Beschlusses .....	177
§ 10. Das Rubrum .....	178
§ 11. Der Tenor .....	178
I. Allgemeines .....	178
II. Tenorierungsbeispiele .....	179
§ 12. Die Gründe .....	191
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes .....	191
II. Die rechtliche Würdigung .....	193
§ 13. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter .....	195
§ 14. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung .....	195
I. Einleitung .....	195
II. Die Zulässigkeitsprüfung .....	196
III. Die Begründetheitsprüfung .....	197
1. Der richtige Antragsgegner .....	197
2. Die formelle Rechtmäßigkeit der Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	197
a) Das Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO .....	197
b) Anhörung vor der Anordnung der sofortigen Vollziehung? .....	200
3. Die materielle Begründetheit .....	200
a) Der Prüfungsumfang des Gerichts .....	200
b) Die Prüfung der offensichtlichen Rechtmäßigkeit des VA .....	203
c) Das besondere Vollzugsinteresse .....	204
d) Formulierungsbeispiel .....	205
§ 15. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung .....	208
I. Der Anwendungsbereich des § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO .....	208
II. Die Prüfung des Antrags auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung .....	210
1. Die Zulässigkeitsprüfung .....	210

2. Die Begründetheitsprüfung .....	211
3. Formulierungsbeispiel .....	213
§ 16. Die gerichtliche Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA .....	213
I. Statthafte Antragsart .....	213
II. Der Aufbau des Beschlusses .....	214
III. Formulierungsbeispiel .....	214
§ 17. Das vorläufige gerichtliche Rechtsschutzverfahren beim VA mit Doppelwirkung .....	216
I. Einleitung .....	216
II. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der aufschiebenden Wirkung .....	217
1. Die Zulässigkeitsprüfung .....	217
2. Die Begründetheitsprüfung .....	218
3. Formulierungsbeispiel .....	219
III. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	220
1. Die Zulässigkeitsprüfung .....	220
2. Die Begründetheitsprüfung .....	220
3. Formulierungsbeispiel .....	221
IV. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	222
1. Der gerichtliche Entscheidungsmaßstab .....	222
2. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80a Abs. 3 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO .....	222
3. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80a Abs. 3 iVm Abs. 2 VwGO .....	223
§ 18. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO .....	224
§ 19. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO .....	225
I. Allgemeines .....	225
1. Typische Klausurthemen .....	225
2. Das Verfahren nach § 123 VwGO .....	226
II. Der Aufbau des Beschlusses nach § 123 VwGO .....	226
1. Die Zulässigkeitsprüfung .....	226
2. Die Begründetheitsprüfung .....	228
a) Der richtige Antragsgegner .....	228
b) Unterscheidung von Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung .....	228
c) Glaubhaftmachung von Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund .....	229
d) Keine Vorwegnahme der Hauptsache .....	230
e) Reihenfolge der Prüfung .....	231
f) Der rechtliche Prüfungsmaßstab .....	232
g) Formulierungsbeispiel für eine Regelungsanordnung .....	235
§ 20. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO .....	236
4. Abschnitt. Sonstige Beschlüsse des Verwaltungsgerichts .....	238
§ 21. Der Beschluss bei übereinstimmender Erledigung der Hauptsache .....	238
I. Das Verfahren bei übereinstimmender Erledigungserklärung .....	238
II. Der Aufbau des Beschlusses .....	238
III. Formulierungsbeispiel .....	239
§ 22. Die Vorabentscheidung über die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges .....	241
I. Voraussetzungen für eine Vorabentscheidung .....	241
II. Der Aufbau des Beschlusses .....	241
III. Formulierungsbeispiel für einen Verweisungsbeschluss .....	242
§ 23. Der Vorlagebeschluss .....	244
I. Der Vorlagebeschluss an das BVerfG .....	244
II. Der Vorlagebeschluss an den EuGH .....	245

*Inhaltsverzeichnis* *XI*

§ 24. Der Prozesskostenhilfebeschluss .....	246
I. Allgemeines .....	246
II. Aufbau des Beschlusses .....	247
III. Formulierungsbeispiel .....	247
3. Teil. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts .....	251
1. Abschnitt. Das Normenkontrollurteil nach § 47 VwGO .....	251
§ 25. Allgemeines .....	251
§ 26. Das Rubrum .....	252
§ 27. Der Tenor .....	252
§ 28. Der Tatbestand .....	253
§ 29. Die Entscheidungsgründe .....	253
I. Die Zulässigkeit des Normenkontrollantrags .....	253
1. Die Statthaftigkeit des Antrags .....	253
2. Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts .....	256
3. Partei- und Prozessfähigkeit .....	256
4. Die Antragsbefugnis .....	256
5. Das Rechtsschutzzinteresse .....	261
6. Form und Frist .....	261
II. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags .....	262
1. Allgemeines .....	262
2. Die Passivlegitimation .....	263
3. Die formelle Wirksamkeit der Rechtsnorm .....	263
a) Kommunalrechtliche Verstöße beim Zustandekommen des Bebauungsplans .....	264
b) Ordnungsgemäße Ausfertigung des Bebauungsplans .....	264
c) Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials .....	265
d) Sonstige formelle Fehler .....	267
e) Beachtlichkeit der Verfahrensfehler .....	268
4. Die materielle Wirksamkeit der Rechtsnorm .....	269
5. Die Nebenentscheidungen .....	270
§ 30. Die Rechtsmittelbelehrung .....	270
§ 31. Die Streitwertfestsetzung .....	270
§ 32. Formulierungsbeispiel .....	270
2. Abschnitt. Der Normenkontrollbeschluss nach § 47 VwGO .....	273
3. Abschnitt. Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren .....	274
4. Abschnitt. Das Berufungszulassungsverfahren .....	275
§ 33. Allgemeines .....	275
§ 34. Das Rubrum .....	275
§ 35. Der Tenor .....	276
§ 36. Die Gründe .....	277
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes .....	277
II. Die rechtliche Würdigung .....	278
1. Die Zulässigkeit des Berufungszulassungsantrages .....	278
a) Die Statthaftigkeit des Antrags .....	278
b) Die Form des Zulassungsantrags .....	278
c) Einhaltung der Antragsfrist .....	279
d) Beschwer .....	280
e) Darlegung der Zulassungsgründe .....	280
2. Die Begründetheit des Zulassungsantrags .....	282
a) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO .....	282
b) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO .....	284

c) Die Zulassungsgründe des § 124 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 4 VwGO .....	285
d) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 5 VwGO .....	286
3. Die Nebenentscheidungen .....	287
§ 37. Die Rechtsmittelbelehrung .....	287
§ 38. Formulierungsbeispiel .....	288
5. Abschnitt. Die Beschwerde .....	291
§ 39. Allgemeines .....	291
§ 40. Das Rubrum .....	291
§ 41. Der Tenor .....	291
§ 42. Die Gründe .....	292
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes .....	292
II. Die rechtliche Würdigung .....	292
1. Die Zulässigkeit der Beschwerde .....	292
2. Die Begründetheit der Beschwerde .....	294
§ 43. Formulierungsbeispiel .....	295
6. Abschnitt. Berufung und Revision .....	300
4. Teil. Die verwaltungsbehördlichen Entscheidungen .....	303
1. Abschnitt. Der Widerspruchsbescheid .....	303
§ 44. Allgemeines .....	303
§ 45. Der Eingangsteil .....	304
I. Der Eingangsteil in der Bescheidform .....	304
II. Der Eingangsteil in der Beschlussform .....	305
§ 46. Der Tenor .....	306
I. Allgemeines .....	306
II. Tenorierungsbeispiele .....	307
§ 47. Die Sachverhaltsdarstellung .....	312
§ 48. Die rechtliche Würdigung .....	313
I. Übersicht .....	313
II. Die Bekanntgabe des Ergebnisses .....	314
III. Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde .....	314
IV. Die Zulässigkeit des Widerspruchs .....	315
1. Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges .....	315
2. Die Statthaftigkeit des Widerspruchs .....	315
3. Die Widerspruchsbefugnis .....	316
4. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen .....	317
5. Das allgemeine Widerspruchsinteresse .....	317
6. Form und Frist des Widerspruchs .....	317
V. Die Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs .....	320
1. Die formelle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids .....	320
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen .....	320
b) Zuständigkeit der Ausgangsbehörde .....	320
c) Anhörung vor Erlass des Verwaltungsakts .....	320
d) Die Begründung des Verwaltungsakts .....	322
e) Die Bekanntgabe des Verwaltungsakts .....	322
2. Die materielle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids .....	323
3. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde .....	326
4. Die <i>reformatio in peius</i> .....	328
5. Die Anordnung bzw. Aussetzung der sofortigen Vollziehung .....	329
VI. Die Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs .....	330
1. Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen .....	330

2. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde .....	331
3. Die reformatio in peius .....	333
VII. Die Begründung der Kostenentscheidung .....	333
§ 49. Die Rechtsbehelfsbelehrung .....	334
§ 50. Die Begleitverfügungen .....	335
§ 51. Formulierungsbeispiel .....	336
2. <b>Abschnitt. Der Abhilfebescheid</b> .....	339
§ 52. Grundsätzliches .....	339
§ 53. Die Gestaltung des Abhilfebescheids .....	342
§ 54. Formulierungsbeispiel .....	343
3. <b>Abschnitt. Der Vorlagebericht</b> .....	346
§ 55. Grundsätzliches .....	346
§ 56. Formulierungsbeispiel .....	347
4. <b>Abschnitt. Der Ausgangsbescheid</b> .....	349
§ 57. Einführung .....	349
§ 58. Der Eingangsteil .....	350
§ 59. Der Tenor des Bescheids .....	351
I. Grundsätzliches .....	351
II. Der Hauptausspruch .....	352
III. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	353
IV. Die Androhung von Zwangsmitteln .....	353
V. Die Kostenentscheidung .....	356
§ 60. Die Begründung des Bescheids .....	356
I. Funktion der Begründung .....	356
II. Die Sachverhaltsdarstellung .....	357
III. Die rechtliche Würdigung .....	357
1. Die Begründung der Hauptentscheidung .....	357
2. Die Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	359
3. Die Androhung von Zwangsmitteln .....	359
4. Die Begründung der Kostenentscheidung .....	359
§ 61. Rechtsbehelfsbelehrung und Schlussformel .....	359
§ 62. Formulierungsbeispiel .....	360
5. <b>Teil. Das öffentlich-rechtliche Gutachten</b> .....	365
§ 63. Grundsätzliches .....	365
§ 64. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Gutachtens .....	367
§ 65. Das Hilfgutachten .....	368
6. <b>Teil. Die öffentlich-rechtliche Anwaltsklausur</b> .....	371
§ 66. Übersicht .....	371
§ 67. Anwaltsgutachten und Mandantenschreiben .....	374
I. Allgemeines .....	374
II. Der Aufbau des Anwaltsgutachtens .....	375
1. Die Sachverhaltsdarstellung .....	375
2. Die rechtliche Würdigung .....	375
3. Formulierungsbeispiel für ein Anwaltsgutachten .....	376
III. Das Mandantenschreiben .....	378
1. Inhalt des Mandantenschreibens .....	378
2. Formulierungsbeispiel für ein Mandantenschreiben .....	379

§ 68. Entwurf einer Klageschrift .....	381
I. Der Eingangsteil .....	381
II. Die Klagebegründung .....	382
1. Die Sachverhaltsdarstellung .....	383
2. Die rechtliche Würdigung .....	384
III. Formulierungsbeispiel .....	387
§ 69. Entwurf eines vorläufigen Rechtsschutzgesuchs .....	391
I. Allgemeines .....	391
II. Formulierungsbeispiel .....	392
§ 70. Entwurf einer Klage- oder Antragserwiderung .....	395
I. Allgemeines .....	395
II. Formulierungsbeispiel .....	395
§ 71. Entwurf einer Rechtsmittelbegründungsschrift .....	398
I. Die Berufungszulassungsschrift .....	398
1. Allgemeines .....	398
2. Formulierungsbeispiel .....	400
II. Die Beschwerdeschrift .....	402
1. Allgemeines .....	402
2. Formulierungsbeispiel .....	403
§ 72. Entwurf eines Widerspruchsschreibens .....	407
I. Allgemeines .....	407
II. Formulierungsbeispiel .....	408
§ 73. Entwurf von Rechtssätzen .....	410
I. Allgemeines .....	410
II. Formulierungsbeispiel .....	411
§ 74. Entwurf eines Vertrages .....	412
I. Allgemeines .....	412
II. Beispiel .....	413
§ 75. Entwurf eines Vergleichsvorschlags .....	415
I. Allgemeines .....	415
II. Formulierungsbeispiel .....	416
<b>7. Teil. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag .....</b>	<b>419</b>
§ 76. Die Bedeutung des Aktenvortrags .....	419
§ 77. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag in der Prüfung .....	420
I. Gegenstand des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags .....	420
II. Die Vorbereitung auf den Aktenvortrag .....	420
III. Der Vortrag in der mündlichen Prüfung .....	421
§ 78. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags .....	421
I. Die Einleitung .....	422
II. Die Sachverhaltsschilderung .....	422
III. Die rechtliche Würdigung .....	423
IV. Der konkrete Entscheidungsvorschlag .....	425
§ 79. Formulierungsbeispiel .....	425
<b>8. Teil. Arbeitshilfen – Aufbauschemata zu den verschiedenen Aufgabenstellungen ..</b>	<b>431</b>
§ 80. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im Hauptsacheverfahren .....	431
I. Die einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	431
II. Die einzelnen Klagearten .....	432
1. Die Anfechtungsklage .....	432
a) Zulässigkeit der Anfechtungsklage .....	432
b) Begründetheit der Anfechtungsklage .....	432
2. Die Verpflichtungsklage .....	433
a) Zulässigkeit der Verpflichtungsklage .....	433
b) Begründetheit der Verpflichtungsklage .....	433

3. Die Leistungsklage .....	434
a) Zulässigkeit der Leistungsklage .....	434
b) Begründetheit der Leistungsklage .....	434
4. Die Fortsetzungsfeststellungsklage .....	434
a) Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage .....	434
b) Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage .....	434
5. Die Feststellungsklage .....	435
a) Zulässigkeit der Feststellungsklage .....	435
b) Begründetheit der Feststellungsklage .....	435
§ 81. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	435
I. Die einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen .....	435
II. Die einzelnen Antragsarten .....	436
1. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 2 VwGO .....	436
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 2 VwGO .....	436
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 2 VwGO .....	436
2. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO .....	436
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO .....	436
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO .....	437
3. Die Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA .....	437
a) Zulässigkeit des Antrags analog § 80 Abs. 5 S. 1 oder 3 VwGO .....	437
b) Begründetheit des Antrags analog § 80 Abs. 5 S. 1 oder 3 VwGO .....	437
4. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung .....	438
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 VwGO .....	438
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 VwGO .....	438
5. Die Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung .....	438
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO .....	438
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO .....	438
6. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beim VA mit Doppelwirkung zugunsten des Begünstigten .....	439
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO .....	439
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO .....	439
7. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA mit Doppelwirkung zugunsten des Dritten .....	439
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 2 VwGO .....	439
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 2 VwGO .....	439
8. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO .....	440
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO .....	440
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO .....	440
9. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO .....	440
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 123 VwGO .....	440
b) Begründetheit des Antrags nach § 123 VwGO .....	440
10. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO .....	441
a) Zulässigkeit des Abänderungsantrags .....	441
b) Begründetheit des Abänderungsantrags .....	441
§ 82. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts .....	441
I. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO .....	441
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags .....	441
2. Begründetheit des Normenkontrollantrags .....	442

II. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO .....	443
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags .....	443
2. Begründetheit des Normenkontrollantrags .....	443
III. Die Berufungszulassung nach §§ 124, 124a VwGO .....	443
1. Zulässigkeit des Antrags auf Zulassung der Berufung .....	443
2. Begründetheit des Antrags auf Zulassung der Berufung .....	443
IV. Die Beschwerde nach § 146 Abs. 1, 4 VwGO .....	444
1. Zulässigkeit der Beschwerde .....	444
2. Begründetheit der Beschwerde .....	444
§ 83. Entscheidungen im Verwaltungsverfahren .....	444
I. Der Widerspruchsbescheid .....	444
1. Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde .....	444
2. Zulässigkeit des Widerspruchs .....	444
3. Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs .....	445
4. Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs .....	445
II. Der Ausgangsbescheid .....	446
1. Zuständigkeit der Ausgangsbehörde zum Erlass des Bescheids .....	446
2. Der belastende Verwaltungsakt .....	446
3. Der (begehrte) begünstigende Bescheid .....	447
Sachverzeichnis .....	449

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG